Der Beginn der gegenseitigen Entfremdung. Arbeiter und Deutscher Metallarbeiter-Verband im Chemnitzer Maschinenbau 1914 bis 1918

Marco Swiniartzki

1. Einleitung

Als die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands am 2. August 1914 erklärte, für die Dauer des bevorstehenden Krieges auf das Mittel des Streiks zu verzichten, und damit eine Grundlage für die Burgfriedenspolitik schuf, war Chemnitz eine der Hochburgen der freien Gewerkschaften und das Zentrum der Metallarbeiterbewegung in Sachsen. 1910 hatte die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbands (DMV) sogar die bevölkerungsreicheren Städte Leipzig und Dresden in der Mitgliedsstärke überholt und überschritt 1911 die 50-Prozent-Grenze im Organisationsgrad der Metallarbeiter. Im gleichen Jahr gelang es, massive Streik- und Aussperrungsbewegungen erfolgreich zu beenden und damit Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen für Tausende Beschäftigte abzuwehren.[1] Gemeinsam mit der Sozialdemokratie, die in dieser Region traditionell stark und mit den Gewerkschaften personell bestens vernetzt war, bildete der Metallarbeiterverband in Chemnitz eine mächtige Interessengemeinschaft, die trotz (oder gerade wegen) des scharfen Widerstandes der sächsischen Behörden auf eine beeindruckende Entwicklung seit Auslaufen des Sozialistengesetzes 1890 zurückblicken konnte. So hatten das Chemnitzer Gewerkschaftskartell vor Kriegsbeginn etwa 40.000 und die SPD im Chemnitzer Wahlkreis 20.000 Mitglieder, die „Volksstimme“ 60.000 Abonnenten.[2]

Der Ausbruch des Krieges machte dieser Entwicklung ein schnelles Ende. Von Beginn an standen große Teile der Arbeiterschaft der Aufgabe klassengesellschaftlicher Haltungen zugunsten der nationalen Integration skeptisch bis ablehnend gegenüber. Obgleich diese Prozesse vielschichtig

---

1 Siehe Geschäftsbericht für das Jahr 1910, Hrsg. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Chemnitz, Chemnitz 1911; Geschäftsbericht für das Jahr 1911, Hrsg. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Chemnitz, Chemnitz 1912.

2 Siehe Karlheinz Schaller: Radikalisierung aus Verzweiflung. Geschichte der Chemnitzer Arbeiterschaft vom Ersten Weltkrieg bis zur Inflation (1914 bis 1923), Bielefeld 2003, S.12.

und uneinheitlich abliefen, lässt sich doch von einer Kriegsbegeisterung der Arbeiter im Reich wie in Chemnitz nicht ausgehen.[3] Vielmehr erlebten viele Arbeiterfamilien gerade in den ersten Kriegsmonaten Arbeitslosigkeit, Angst um die Angehörigen an der Front und willkürliche Entlassungen sowie Lohnsenkungen oder -einbußen in den Betrieben. Daher bedeutete der gewerkschaftliche und politische Kurs ab August 1914 auch einen tiefen Einschnitt in althergebrachte Deutungsmuster, revolutionäre Rhetorik und nicht zuletzt in das Selbstverständnis vieler Mitglieder. Die Tatsache, dass es sich bei den deutschen Gewerkschaften seit jeher um Verbände handelte, die ihre Wirksamkeit aus einer bedingten Integration in das wirtschaftliche System gewannen, spielte für die Gewerkschaftsmitglieder angesichts ihrer Erfahrungen der Unterdrückung und Verfolgung im Kaiserreich keine Rolle.

Der Eintritt in den Burgfrieden (ohne die Befragung der Basis) stellte die Gewerkschaften vor ein Dilemma, das im Spagat zwischen reformistischer Praxis der Führung bei anhaltender revolutionärer Rhetorik schon zuvor angelegt war. In diesem Kontext mochte die wachsende Einbindung in Sozial- und Arbeitsmarktstrukturen für die Ortsverwaltung und den Vorstand des DMV Ausdruck einer ganz neuen Bedeutung der Gewerkschaften gewesen sein und als wünschenswerte und logische Konsequenz vergangener Bemühungen gegolten haben. Für viele Mitglieder und Vertrauensleute auf Betriebsebene sah dies jedoch ganz anders aus. Die durch die Kriegsproduktion induzierten Veränderungen der Arbeit und der Arbeitsbeziehungen, die weiterhin defizitäre politische Mitbestimmung sowie die seit 1915 wachsende Unzufriedenheit über die Versorgungslage veranlassten Teile dieser Basis dazu, die Haltung des Vorstandes vermehrt zu kritisieren.[4] Konfrontiert mit rascher betrieblicher Arbeitsintensivierung und steigenden Unternehmensgewinnen in einem andauernden Krieg wurden diese Stimmen allmählich stärker und bildeten die Grundlage für den Bruch, der in Chemnitz wie auch im Reich spätestens seit 1916 die SPD und den DMV in zwei Lager spaltete und die Organisationsarbeit im Metallarbeiterverband im weiteren Verlauf des Krieges und nachfolgend in der Weimarer Republik schwer belastete.[5]

---

3 Siehe Wolfgang Kruse: Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/15, Essen 1993, S.158-164; Schaller, Radikalisierung, S.27f.

4 Siehe Jürgen Kocka: Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918, Göttingen 1978, S.33-57.

5 Siehe Heinrich Potthoff: Gewerkschaften und Politik zwischen Revolution und Inflati-

Im Folgenden soll dieser schrittweisen Entfremdung zwischen der Gewerkschaftsführung und der Gewerkschaftsbasis in den Chemnitzer Maschinenbaubetrieben nachgegangen werden. Die Überlegungen setzen bei den betrieblichen Konditionen des DMV in den Chemnitzer Maschinenbetrieben vor 1914 an, um dann zu veranschaulichen, wie diese Stützen mit dem Übergang zur Kriegsproduktion beschädigt wurden. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf dem Mitgliederschwund, einer wachsenden Opposition der verbliebenen Vertrauensleute und einer Veränderung der Arbeitsorganisation, die in einigen Aspekten bereits die Rationalisierungswelle ab 1924 vorwegnahm.

2. Betriebliche und außerbetriebliche Bedingungen der Arbeit des DMV vor 1914

Die positive Organisationsentwicklung und die starke Durchsetzungsfähigkeit des DMV in den Lohnkämpfen der Chemnitzer Metallarbeiter lagen bis 1914 vor allem in der günstigen regional-industriellen Konstellation und im entwickelten Arbeiterselbstbewusstsein begründet. Der Verwaltungsaufbau und die Taktik des örtlichen Metallarbeiter-Verbandes hatten sich an wechselnde rechtliche Restriktionen und Verfolgungspraxen[6] bei anhaltendem betrieblichem Widerstand der Maschinenbauunternehmer[7] angepasst und als durchaus erfolgreich erwiesen. In Sachsen, wo sich die gesellschaftliche Polarisierung in besonderer Schärfe zeigte, konnte der Verband von einer vielgestaltigen und breit ausgebauten Ausrichtung seiner Aktionen auf Arbeiterbedürfnisse und Arbeiterinteressen stark profitieren. Betrieblich war diese Stärke in hohem Maße auf die frühe und flächendeckende Einführung des Werkstattvertrauensmänner-Systems zurückzuführen. Dieses Instrument kam seit dem Übertritt des Berliner Lokalvereins der Metallarbeiter in den DMV (1897) zum Einsatz und

on, Düsseldorf 1979.

6 Bis 1908 war der Aufbau von Verwaltungsstellen in Sachsen verboten, die Metallarbeiter waren als Einzelmitglieder organisiert und wurden von öffentlich gewählten Vertrauensleuten vertreten. Aber auch nach dem Reichsvereinsgesetz hielt die Verfolgung durch die Polizei an.

7 Chemnitz war ein Zentrum der Werkvereinsbewegung. „Gelbe" Gewerkschaften existierten im Maschinenbau unter anderem in der Sächsischen Maschinenfabrik vorm. Richard Hartmann AG, bei Kappel, Schimmel und Haubold. Sie waren ein unentwegter Beschwerdepunkt für den DMV. Siehe Deutsche Metallarbeiter-Zeitung (DMZ), 1914, Nr. 11, 13, 21, 26. In den größeren Werken weigerten sich die Unternehmer außerdem bis 1914, die Gewerkschaften als Vertretung der Arbeiterschaft anzuerkennen.

etablierte sich im Chemnitzer Maschinenbau vermutlich um die Jahrhundertwende.[8] Es fungierte als Schlüssel zum Betrieb, indem es eine Vermittlung zwischen den Orts- und Werkstattstrukturen herstellte, war gleichzeitig auch eine neue Organisationsoption und in gewisser Weise Ersatz für den in Sachsen illegalen örtlichen Verwaltungsstellenaufbau. Der größte Vorteil dieses Systems lag in der unmittelbaren Verbindung zur Basis, zu jedem einzelnen Metallarbeiter mit seinen persönlichen Eigenheiten und individuellen Bedürfnissen. Werkstattvertrauensleute mussten die Kollegen (nicht nur die Mitglieder) jederzeit ernst nehmen, ständig als „Gewerkschaft zum Anfassen" erfahrbar sein und zur wirksamen Erfüllung ihrer Aufgaben auch Teil der Sozialbeziehungen in der Werkstatt, der Kooperation am Arbeitsplatz, der Spiele, Neckereien und des „Eigen-Sinns"[9] der Arbeiter sein. Sie bedurften, wollten sie einen bleibenden Einfluss gewinnen, des Respekts der Kollegen und der Einbeziehung in alltägliche soziale Abläufe. Dies setzte voraus, dass sie sich der betrieblichen Dynamik (und widersprach sie teilweise noch so stark verbandlicher Dogmatik) nicht entzogen, „eigen-sinniges" Verhalten und alltägliche Arbeiterinteressen kannten und in Rechnung stellten.[10] Gelang das, so bot dies dem DMV die einmalige Möglichkeit, betriebliches Arbeiterverhalten und die Sozialbeziehungen in der Werkstatt zu kanalisieren und „die Gepflogenheiten der Kollegen einer Werkstatt"[11] zu nutzen. Die Werkstattvertrauensleute wandelten dabei angesichts der Diskrepanz zwischen gewerkschaftlicher Disziplinierung und alltäglicher Arbeiterspontaneität auf einem schmalen Grat. Doch waren sie als Vermittlungsinstanz und Informationsbeschaffer unentbehrlich. Darüber hinaus konnte ein funktionierendes System die Auswirkungen der Migration und Fluktuation entschärfen, indem es die wandernden Arbeiter immer wieder mit der Or-

8 Siehe Der Deutsche Metallarbeiter-Verband im Jahre 1904. Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder, Hrsg. Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart 1905.

9 Verwendet im Sinne von Alf Lüdtke: Lohn, Pausen, Neckereien. Eigensinn und Politik bei Fabrikarbeitern in Deutschland um 1900, in: Ders. (Hrsg.): Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus, Hamburg 1993, S.138-143.

10 „Eigen-Sinn" umfasste ein breites Repertoire an Verhaltensweisen, die weder auf das Verständnis der Unternehmer noch auf jenes der Funktionäre des DMV trafen. Dazu zählten vor allem Bier und Schnaps in die Werkstatt schaffen und während der Arbeit trinken, Leichtsinn an den Maschinen, Diebstahl, Zuspätkommen und Zufrühgehen, Bummeln, Herumlaufen oder verstecktes Schlafen.

11 Die Werkstattvertrauensmänner und ihre Aufgaben. Winke zur Einführung des Werkstattvertrauensmänner-Systems. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Stuttgart 1904, S.6.

ganisation in Kontakt brachte und den Zahlungsrückstand (eine Hauptaustrittsursache) eindämmte.

Neben der betrieblichen Verankerung beschritt der Chemnitzer DMV aber auch andere Wege, auf denen der Kontakt zu den Metallarbeitern und deren Familien hergestellt wurde. Dazu gehörte vor allem das Arbeiter-Sekretariat des Gewerkschaftskartells, in dem Arbeiter und Arbeiterinnen eine juristische Beratung erhalten konnten. Dieses Angebot, das trotz einiger inhaltlicher Unterschiede sowohl Organisierte wie auch Unorganisierte nutzen durften, entfaltete laut der Geschäftsberichte eine durchaus integrative Wirkung.[12] Die Beratung erstreckte sich über ein weites Feld, betraf aber meistens Versicherungs-, Lohn- oder Unterhaltsfragen. In den zehn Jahren vor dem Ersten Weltkrieg erlebte das Büro einen regelrechten Ansturm: Hatten 1905 noch 2.077 Personen um eine Beratung gebeten, fragten 1914 bereits 11.301 Arbeitnehmer an. Insgesamt wurde das Sekretariat in diesem Zeitraum von 73.380 Personen frequentiert, von denen etwa 34.000 als Metallarbeiter und Metallarbeiterinnen beschäftigt waren.[13] Wie erfolgreich das Arbeiter-Sekretariat konzipiert war und angenommen wurde, bewies auch der Versuch der Stadt Chemnitz, sich 1907 mit der Gründung eines eigenen Rechtsauskunftsbüros vom Gewerkschaftskartell abzugrenzen. Die „bürgerliche Kopie" erlangte jedoch nie die quantitative Bedeutung des Sekretariats.[14]

Zu den von Arbeitern gern genutzten Einrichtungen des Kartells zählte das Volkshaus, in dem neben den Büros der meisten Verbände und des Arbeiter-Sekretariats auch die Arbeiterherberge eingerichtet war. Seit 1908 konnten wandernde Arbeiter hier für eine gewisse Zeit unterkommen und sich über die Arbeitsmöglichkeiten im Umkreis informieren. 1913 wurde dieses Angebot von 7.364 Arbeitern genutzt, die insgesamt 15.097-mal übernachteten.[15] Weiterhin organisierte seit 1908 ein Bildungsausschuss ein breites Repertoire kultureller und familiärer Angebote: Vorträge, Ausstellungen, Bühnenstücke, Sommer- und Kinderfeste, Sonderfahrten für Mitglieder nach Helgoland und Konzerte. Auch wurde die Bildung einer

---

12 Siehe Bericht auf das Jahr 1901. Hrsg. Gewerkschafts-Kartell Chemnitz, Chemnitz 1902, S.22; Bericht auf das Jahr 1902. Hrsg. Gewerkschaftskartell Chemnitz, Chemnitz 1903, S.5.

13 Berechnung des Vf. nach den Geschäftsberichten des Gewerkschaftskartells Chemnitz 1905-1914.

14 Siehe Bericht für 1907. Nebst dem Bericht des Arbeiter-Sekretariats, Hrsg. Gewerkschaftskartell Chemnitz, Chemnitz 1908, S.64f.

15 Siehe Die Gewerkschaftsbewegung in Chemnitz im Jahre 1913. Hrsg. Gewerkschaftskartell Chemnitz, Chemnitz 1914, S.48.

Jugendorganisation forciert. Das Kartell widmete sich sogar Problemen, gegenüber denen man zunächst gewerkschaftliches Engagement kaum erwarten würde: So wehrte es im Sommer 1906 im sogenannten „Chemnitzer Bierkrieg“[16] mit einem Streik und einer Boykottaktion eine erhebliche Preiserhöhung der Brauer beinahe zur Gänze ab – ein Vorgehen, bei dem die Arbeiter geschlossen hinter den Gewerkschaften standen und diese eine beträchtliche Reputation gewannen.

Alles in allem waren der Chemnitzer DMV und das Gewerkschaftskartell in den Vorkriegsjahren gut in das Arbeitermilieu integriert. Sie waren finanziell schlagkräftig genug, um neben dem gewerkschaftlichen „Butter und Brot-Gewerbe“ zahlreiche Unterstützungseinrichtungen zu unterhalten und attraktive Freizeitaktivitäten anzubieten. Auf diese Weise generierte man ständig Erfahrung auf der betrieblichen wie der außerbetrieblichen Ebene, machte Organisationshandeln erlebbar und entfaltete eine nicht zu unterschätzende Werbewirkung.

Ein Garant für diese Entwicklung war die enge Verbindung zur örtlichen Sozialdemokratie, die seit Ende der 1860er-Jahre bestand und sich zwischen 1878 und 1890 stark verfestigt hatte. In ihrer Zusammenarbeit und ihrer Wirkung waren SPD und Metallarbeiterverband kaum zu trennen, da eine weitgehende Personalunion herrschte und viele Veranstaltungen gemeinsam durchgeführt wurden. Ihren bis 1914 immensen Einfluss in Chemnitz verdankten diese „durch die Gewerkschaftsarbeit geprägten Reformisten“[17] nicht zuletzt der Kontrolle über die „Volksstimme“, das mit Abstand wichtigste Presseorgan der Sozialdemokratie in der Region und mit über 60.000 Abonnenten eine der erfolgreichsten Zeitungen des Landes.

Die Entwicklung schien den Arbeiterorganisationen Recht zu geben: Seit 1890 hatte die SPD im Wahlkreis keine Reichstagswahl verloren, und die Gewerkschaften waren auf dem besten Weg zu Massenorganisationen. Die strukturelle und programmatische Problematik dieser Entwicklung blieb aufgrund des Wirtschaftswachstums lange verborgen, offenbarte sich mit dem Kriegseintritt aber schlagartig: Denn de facto waren die Gewerkschaftsführungen schon lange nicht mehr am ökonomischen Systemwechsel interessiert, wie es die Verbindung mit der Sozialdemokratie nahelegen mochte. Das wichtigste Ziel der reformistischen Leitungen war der Erhalt der Organisation, und man war nicht bereit, den gewon-

16 Siehe Bericht auf das Jahr 1906. Hrsg. Gewerkschafts-Kartell Chemnitz, Chemnitz 1907, S.5f.

17 Wolfram Wette: Gustav Noske. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1988, S.63.

nenen Einfluss aufs Spiel zu setzen. In der Stuttgarter Verbandsleitung um Alexander Schlicke und im Chemnitzer Gewerkschaftskartell um Max Heldt hatte man sich ganz mit der innerkapitalistischen Funktion der Gewerkschaft abgefunden. Der Fokus lag hier auf der Lohn- und Arbeitszeitproblematik. Von einem „Doppelcharakter“[18], der vorausgesetzt hätte, die Existenz der Organisation zu hinterfragen, konnte daher keine Rede sein.

Der Moment des Kriegseintritts, der diesen Widerspruch zwischen Theorie und Praxis, zwischen Führung und Teilen der Basis sichtbar machte, hatte langfristige Auswirkungen auf den DMV. In den folgenden vier Jahren waren die Lebens- und Arbeitsumstände der Basis immer weniger mit der Haltung der SPD- und Gewerkschaftsführung zum Krieg zu vereinbaren. Arbeiter und Gewerkschaftsführung wurden einander fremd. Obgleich niemals in absolutem Gegensatz stehend, drifteten der Erfahrungshorizont der Arbeiter und die Vorstellungen ihrer Gewerkschaftsführer von den Verbandszielen so weit auseinander, dass die DMV-Führung in den letzten Kriegsmonaten kaum noch über betrieblichen Einfluss auf die Metallarbeiter verfügte.

3. Die betrieblichen Veränderungen unter der Kriegsproduktion

Die erste und zu Beginn schwerstwiegende Folge der Mobilmachung war ein rasches Ansteigen der Arbeitslosenzahlen in Chemnitz. Im August waren mit 4.924 organisierten Metallarbeitern 27,5 Prozent der DMV-Mitgliedschaft arbeitslos gemeldet.[19] In dieser Lage erreichten die Chemnitzer Gewerkschaften und allen voran der von der Arbeitslosigkeit am stärksten betroffene DMV einen kurzfristigen Erfolg, indem sie am 31. August 1914 gemeinsam mit der Stadt das sogenannte „Genter System der Arbeitslosenunterstützung“ installierten.[20] Allen reichsdeutschen Mitgliedern des DMV wurde, soweit sie vom Verband Arbeitslosenunterstützung bezogen, unabhängig vom Geschlecht pro Werktag ein öffentlicher Zuschuss von 50 (für Verheiratete) bzw. 30 Pfennig (für Ledige) gezahlt.[21] Obgleich

18 Siehe Rainer Zoll: Der Doppelcharakter der Gewerkschaften. Zur Aktualität der Marxschen Gewerkschaftstheorie, Frankfurt/Main 1982, S.134f.

19 Siehe Geschäfts-Bericht für das Jahr 1914. Hrsg. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Chemnitz, Chemnitz 1915, S.485.

20 Siehe Schaller, Radikalisierung, S.56.

21 Siehe Die Unterstützung der Erwerbslosen durch das Reich, die Bundesstaaten, Versicherungsanstalten sowie durch die Gemeinden. Hrsg. Vorstand des Deutschen Metallarbei-

auch unorganisierte Arbeiter und Arbeiterinnen Zuschüsse erhielten, war diese Regelung aus Sicht der DMV-Führung aus zweierlei Sicht erfreulich: Zum einen wurden die Mitglieder stärker bezuschusst, wodurch ein nicht zu unterschätzender Organisationsanreiz geschaffen war, und zum anderen entschärfte das System die Fluktuationsproblematik, da es einen ununterbrochenen Wohnsitz in Chemnitz und die Annahme aller angemessenen Erwerbsmöglichkeiten voraussetzte. Dennoch blieb der Zuschuss nur Episode. Dies war darauf zurückzuführen, dass sich die beiden wichtigsten Industriebranchen der Stadt im Übergang zur Kriegsproduktion stark veränderten: Während die Textilbranche in den folgenden Jahren einen schweren Einbruch erlebte,[22] waren im Maschinenbau nach einer kurzen und harten Umstellungsphase ab 1915 eine beispiellose Kriegskonjunktur und andauernde Vollbeschäftigung zu verzeichnen. Dementsprechend sanken ab Herbst 1914 auch die Arbeitslosenzahlen wieder: Im Monatsdurchschnitt waren von allen Chemnitzer Metallarbeitern 1915 nur 54 arbeitslos.[23] Neben Werkzeugmaschinen zur Herstellung von Kriegsgütern produzierten die Maschinenfabriken, allen voran die Wanderer-Werke und die Sächsische Maschinenfabrik (vorm. Richard Hartmann AG) rentabel Geschütze und Munition. Aber auch die Hermann und Alfred Escher AG meldete nach den ersten Betriebseinschränkungen im Sommer 1914 eine absolute Auslastung und 1916/17 eine nochmalige Erhöhung der Produktion, die etwa dem Doppelten der Friedensproduktion entsprach.[24] Ähnlich gestaltete sich die Entwicklung bei der J. E. Reinecker AG in Chemnitz-Gablenz: Da schon Vollbeschäftigung herrschte und ein „guter Absatz der Waren" gegeben war, kam es 1916/17 durch „einen beispiellos hohen Beschäftigungsgrad" zum Bau neuer Betriebseinrichtungen und zum Ankauf einer eigenen Gießerei. Als drängendstes Problem meldete das Unternehmen den anhaltenden Mangel qualifizierter Arbeitskräfte.[25]

Insgesamt war man auf Seiten der Unternehmer gut auf die Kriegsproduktion vorbereitet gewesen und fuhr, auch weil die zuständigen Äm-

---

ter-Verbandes, Stuttgart 1915, S.103, 140f.

22 Siehe Kocka, Klassengesellschaft, S.21; Schaller, Radikalisierung, S.54f.

23 Siehe Die Gewerkschaftsbewegung in Chemnitz während der Kriegsjahre 1914 und 1915. Hrsg. Gewerkschaftskartell Chemnitz, Chemnitz 1916, S.27.

24 Geschäftsberichte 1905-1929, Hermann und Alfred Escher AG, Sächsisches Staatsarchiv (StA) Chemnitz, 31026, Nr. 75.

25 Geschäftsberichte 1912-1916 und 1915-1917, J. E. Reinecker AG, StA Chemnitz, 31007, Nr. 224 und 225.

ter für kriegswichtige Lieferungen beinahe jeden Preis akzeptierten, im Laufe des Krieges beträchtliche Gewinne ein. Dies war einerseits auf die Entwicklung zurückzuführen, die der Werkzeugmaschinenbau technisch und ökonomisch seit etwa 1895 genommen hatte, und lag andererseits an den veränderten Möglichkeiten formeller Subsumtion der Arbeitskräfte unter das Kapital. So waren die zehn Vorkriegsjahre nicht nur von einer kaum unterbrochenen günstigen konjunkturellen Entwicklung geprägt, sondern auch von der Vollendung des „zweiten Umbruchs in der Fertigungstechnik".[26]

Genauere und leistungsfähigere Bohr- und Schleifmaschinen sowie ein weiterentwickeltes betriebliches Messwesen ermöglichten in dieser Zeit erstmals die Maschinisierung der Passarbeit und lösten damit den Engpass in der Produktion von Werkzeugmaschinen zusehends auf. Auf diese Weise machte man nicht nur einen großen Schritt hin zur Produktion austauschbarer Teile, der technologische Umbruch löste auch Veränderungen in den Belegschaften und im Arbeitsalltag aus. In dem Maße, wie sich die Maschinenparks in den mechanischen Werkstätten verbesserten und neue Werkanlagen errichtet wurden, sank tendenziell das qualifikatorische Niveau: Passarbeiten, für die zuvor hoch qualifizierte Schlosser notwendig gewesen waren, fielen vermehrt weg und machten der Bedienung von Maschinen Platz. Allerdings traf dieser Prozess auch in Chemnitz den allgemeinen Maschinenbau wesentlich härter als den Werkzeugmaschinenbau. Während dort unqualifizierte Arbeiter und Arbeiterinnen beispielsweise mehrere Revolverdrehmaschinen bedienten, stieg hier der Anteil der angelernten Arbeitskräfte zwar stark an, der Facharbeitereinfluss blieb aber konstant bestehen. Auch wenn der Maschinenbau im Allgemeinen ohnehin eine höhere formale Qualifikation voraussetzte als etwa die Eisen- und Stahlindustrie zu dieser Zeit, beschleunigten sich die obigen Prozesse durch die Kriegsproduktion weiter. Der Maschinenbau entwickelte sich immer stärker in Richtung einer Massenproduktion. Hinzu kam, dass Chemnitzer Firmen wie die Wanderer-Werke schon vor Kriegsausbruch mit der Einführung neuer Arbeitsmethoden experimentiert und Elemente des Taylor-Systems in den Drehereien erprobt hatten.[27] Solche arbeitsorganisatorische Regelungen ließen sich unter den Bedingungen der massenhaften Herstellung einer relativ monotonen Produktionspalette viel

26 Siehe Volker Benad-Wagenhoff: Industrieller Maschinenbau im 19.Jahrhundert. Werkstattpraxis und Entwicklung spanabhebender Werkzeugmaschinen im deutschen Maschinenbau 1870-1914, Stuttgart 1993, S.358-390.

27 Siehe Korrespondenzen. Chemnitz, in: DMZ, 1914, Nr. 32, S.257.

leichter realisieren als mit der typenreichen Friedensproduktion. Des Weiteren forcierte die Herstellung von Rüstungsgütern die Anstrengungen, welche die Ingenieure vor 1914 in die Vereinfachung, Normung und Typisierung der Teile und Produkte investiert hatten. Die wachsende Gleichförmigkeit und die Verringerung der Typenzahl bei Rüstungsgütern begünstigten die Normierung und schlugen sich in der Gründung des Normenausschusses der Deutschen Industrie 1917 nieder.[28]

Alles in allem boten die technisch-organisatorischen Neuerungen und die stabile Kriegskonjunktur die Möglichkeit, die Arbeit im Maschinenbau zu beschleunigen und zu intensivieren. Die Instrumente, diese Entwicklung zu zähmen, hatten die Gewerkschaften allerdings zum größten Teil aus der Hand gegeben. Gleich zu Beginn des Krieges wurden die Schutzgesetze zur Beschränkung der Überstunden und der Nachtarbeit kassiert[29] und der Streik als schärfste Waffe zurückgestellt. Gegen das politische Leitbild der „Arbeit für den deutschen Sieg" kamen Bedenken hinsichtlich der Verlängerung der Arbeitszeit und der wachsenden Zahl von Unfällen kaum an. Die Tatsache, dass die Unternehmer ihre „alten" Methoden einsetzten, um dem wachsenden Einfluss der Gewerkschaften entgegenzuwirken, und dabei steigende Gewinne machten, ließ die Arbeiterschaft schließlich aufmerken und an den patriotischen Losungen zweifeln. Spätestens seit 1916 ging man in der Chemnitzer Arbeiterschaft dazu über, Lohnsenkungen, Arbeitszeitverlängerungen und aggressiv auftretenden Werkvereinen wieder mit dem Mittel des Streiks zu begegnen. Dies war vor allem in hoch qualifizierten und damit unentbehrlichen Bereichen der Produktion wie den Drehereien möglich.[30]

Die oben skizzierten technischen Prozesse und der Einzug vieler Arbeiter zum Militär führten außerdem zum stark steigenden Einsatz von Frauen in der Produktion. Chemnitz entwickelte sich zu einem Zentrum der Frauenarbeit im Maschinenbau: Arbeiteten im August/September 1916 in 63 Chemnitzer Betrieben und 21 Betriebsabteilungen 4.648 Frauen, so waren es vor dem Krieg lediglich 503 gewesen.[31] Mit dieser

---

28 Siehe Markus Haas: Spanende Metallbearbeitung in Deutschland während der Zwischenkriegszeit (1918-1939), Hamburg 1997, S.286.

29 Siehe Kocka, Klassengesellschaft, S.20.

30 Kurze Streiks aufgrund der Teuerungszulagen fanden etwa bei Zimmermann und Hartmann statt. Siehe Berichte. Chemnitz, in: DMZ, 1916, Nr. 47, S.195.

31 3.337 Frauen arbeiteten in „Kriegsindustrien", 1.311 in „Friedensindustrien". Einen Lohnzuschlag für Überstunden und Sonntagsarbeit erhielten im September 1916 2.982 Frauen, die Schutzbestimmungen wurden für 1.511 Frauen eingehalten, für 1.014 wurden

Entwicklung konnte die patriarchalisch-männliche Führung des örtlichen DMV zu keiner Zeit umgehen. Es mangelte an Ideen, wie mit der Tatsache der Frauenarbeit im Betrieb und dem daraus resultierenden Verhältnis zu ihren männlichen Kollegen umgegangen werden sollte. Das Problem des ungleichen Lohnes für gleiche Arbeit wurde kaum thematisiert. Es scheint, als ob man den auf Frauenarbeit bezogenen Eingaben an Reichstag, Gewerbeaufsicht und Militärbehörden nicht die gleiche Bedeutung beimaß wie dem Einsatz für die männlichen Metallarbeiter. Vorstellungen und Handeln des Verbandes blieben dem Konzept des männlichen Familienernährers verhaftet;[32] die Funktionäre betonten wiederholt die bloße Ersatzfunktion weiblicher Metallarbeiter bis zur Heimkehr der Männer.[33] Dass diese Haltung keinen Organisationsanreiz bot, belegt der geringe weibliche Organisationsgrad im DMV in Chemnitz eindrücklich.[34]

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die betriebliche Sphäre im Chemnitzer Maschinenbau in den Kriegsjahren einem rasanten Wandel unterworfen war. Während sich die Arbeiter darüber im Klaren gewesen sein dürften, dass ihre Arbeitgeber am Krieg gut verdienten, erlebten sie selbst eine stetig steigende Arbeitsbelastung. Die Einführung effizienterer Arbeitsmethoden und die Forcierung von Rationalisierungsanstrengungen enthielten bereits Elemente der Rationalisierungsbewegung der 1920er-Jahre. Die technisch-organisatorische Weiterentwicklung veränderte das Qualifikationsprofil der Belegschaften und bedrohte qualifizierte Positionen. Die verstärkte Beschäftigung von Frauen und auch von Kriegsgefangenen[35] fügte der qualifikatorischen Zuspitzung der Probleme

---

sie aufgehoben. Siehe Die Frauenarbeit in der Metallindustrie während des Krieges. Hrsg. Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart 1917, Anhang.

32 Siehe Brigitte Kassel: Der „männliche Familienernährer". Zur Lohn- und Tarifpolitik des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes 1891-1919, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1998, H.3-4, S.364-380; Dies.: Frauen in einer Männerwelt. Frauenerwerbsarbeit in der Metallindustrie und ihre Interessenvertretung durch den Deutschen Metallarbeiter-Verband 1891-1933, Köln 1997.

33 Die große Mehrheit der Frauen zweier Chemnitzer Firmen, in denen die Kriegsamtsstelle Leipzig im Mai 1918 eine Befragung durchführte, gaben an, am liebsten im gleichen Beruf weiterarbeiten zu wollen. Siehe Ute Daniel: Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft. Beruf, Familie und Politik im Ersten Weltkrieg, Göttingen 1989, S.123.

34 1914 waren 179 Frauen im Chemnitzer DMV organisiert. Dass sich diese Zahl während des Krieges bedeutend erhöht hat, ist aufgrund der massiven Austritte aus der SPD und des Vorgehens des DMV nicht anzunehmen.

35 Kriegsgefangene arbeiteten in Chemnitz unter anderem bei Hartmann, Wanderer, Germania, Reinecker und Sondermann & Stier. Siehe André Neubert: Zur Geschichte des

noch eine Geschlechter- und nationale Polarisierung hinzu. Die Vorkriegsmuster der von männlich-qualifizierter Arbeitserfahrung geprägten Sozialbeziehungen am Arbeitsplatz wurden zunehmend zurückgedrängt. Damit erodierten genau die Muster, über die der DMV mit „seinen" Werkstattvertrauensmännern Anschluss an die Belegschaften hergestellt hatte. All diese Prozesse beschnitten die Dispositionsspielräume des Metallarbeiterverbandes. Da zudem die soziale und politische Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft wuchs, führte das zu dramatischen und sich seit 1915 verschärfenden Defiziten bei der Vermittlung zwischen gewerkschaftlicher Organisation und Basis, die den Kern gewerkschaftlichen Erfolgs in Chemnitz trafen.

4. Probleme gewerkschaftlicher Organisation während des Krieges

Im Gegensatz zu einigen anderen deutschen Städten entzündete sich an der integrativen Haltung der DMV- und SPD-Führung in Chemnitz in den ersten Kriegsmonaten kein offener Konflikt. Vielmehr blieb das Heft des Handelns bis in die letzten Kriegsphasen hinein in ihren Händen. Chemnitz gehörte damit zu einer der Hochburgen der reformistischen Strömung innerhalb der Sozialdemokratie. Ein Garant dessen war die weitere Kontrolle über die „Volksstimme", in der man schon am 1. August 1914 auf den kommenden Krieg eingeschworen hatte, womit das Blatt einen geradezu spektakulären Bruch mit seiner Vorkriegsausrichtung vollzog. Hatte die Zeitung zuvor aufgrund ihrer antimilitaristischen Berichterstattung unter der Beobachtung von Stadt- und Landespolizei gestanden[36] und waren einige Redakteure ob ihrer Artikel sogar zu Gefängnisstrafen verurteilt worden,[37] so schienen mit dem Beginn des Krieges alle Friedensrufe vergessen. Die „Volksstimme" war sogar eines der wenigen sozialdemokratischen Organe, die Vergeltungsmaßnahmen an der Zivilbevölkerung guthieß. Der Einzug in das Burgfriedenslager stieß auf Pro-

---

Kriegsgefangenenlagers Chemnitz-Ebersdorf 1914-1921, in: Beiträge zur Heimatgeschichte von Karl-Marx-Stadt, 29 (1987), S.23, zit. nach: Schaller, Radikalisierung, S.84.

36 Sendung der antimilitaristischen Artikel der Chemnitzer „Volksstimme" an das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten, Polizeiamt der Stadt Chemnitz, 1912-1913, Hauptstaatsarchiv (HStA) Dresden, 10717, Nr. 4802.

37 Bericht über die politische und gewerkschaftliche Bewegung in Chemnitz im Jahre 1913, Polizeiamt der Stadt Chemnitz, Politische Abteilung, 1914, HStA Dresden, 10736, Nr. 11065, Bl. 41f.

test der Bevölkerung[38] und fand die Kritik Lenins.[39] Eine weniger scharfe, aber in ihrer Ausrichtung ähnliche Kriegspropaganda betrieb auch die Redaktion der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung", ehe sie von der Mehrheit der Generalversammlung zur Mäßigung verpflichtet wurde.[40]

Mithilfe ihrer publizistischen und nicht zuletzt auch der finanziellen Kontrolle sowie über ihre betriebliche Verankerung war die Führung des DMV in der Lage, die Stimmung in der Arbeiterschaft zu beeinflussen. Untergründig regten sich in Betrieben und selbst in der „Volksstimme" zwar nonkonforme Stimmen, doch offener Widerstand war zunächst kaum möglich. Als einziges Mittel blieb der Austritt aus der Gewerkschaft – ein Weg, den viele Metallarbeiter wählten, doch blieb dessen Umfang immer deutlich hinter den Abgängen zum Militär zurück. Für die betriebliche Organisationsarbeit war die Unterscheidung zwischen beiden sekundär, da sowohl die Einberufungen als auch die freiwilligen Austritte das Fundament des DMV beschädigten. So reduzierte die Mobilmachung nicht nur die Mitgliederzahl unter den jugendlichen Arbeitern massiv, sondern entzog den Betrieben auch viele Werkstattvertrauensmänner gerade in einer Zeit, die wie keine zuvor einer Vermittlung zwischen gewerkschaftlicher Führung und Werkstatt bedurft hätte. Über diesen Verlust der betrieblichen Verankerung war man sich im DMV-Vorstand im Klaren. Im 1915 erschienenen Jahrbuch des Verbandes für 1914 heißt es: „Es sind vor allem die durch den Krieg in vielen Betrieben verloren gegangenen Verbindungen, die das Ausscheiden so vieler Mitglieder aus dem Verband zur Folge hatten. Viele Mitglieder bleiben nur bei dem Verband, wenn die Verbandsbeiträge regelmäßig von Woche zu Woche vom Vertrauensmann oder Einkassierer bei ihnen abgeholt werden und das feinmaschige Gefüge der Organisation nicht gelockert wird. Gar mancher muß immer und immer wieder an seine Pflichten gegen den Verband erinnert werden, wenn er nicht verloren gehen soll. In diesem Punkte aber haben monatelang die Einrichtungen der Organisation in vielen Betrieben und Orten versagt. Es hat an geschulten und erfahrenen Vertrauensleuten als den Bindegliedern zwischen den Mitgliedern und der örtlichen Verwaltung ge-

38 Die Redaktion der Zeitung war vor allem das Ziel empörter Frauen. Bericht über die Unruhen in Chemnitz, Erster Staatsanwalt bei dem Landgerichte Chemnitz, HStA Dresden, 10736, Nr. 11069/T. 2, Bl. 237.

39 Lenin bezeichnete die „Volksstimme" als „eines der offensten und extremsten Organe der deutschen Sozialimperialisten". Zit. nach: Schaller, Radikalisierung, S.21.

40 Siehe Protokoll der 12. Ordentlichen Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart 1915, S.46-50.

fehlt. Dieser Umstand ist neben der großen Arbeitslosigkeit in den ersten Kriegsmonaten die Hauptursache des Mitgliederrückganges."[41]

In Chemnitz war dieser Mitgliedsschwund in den ersten beiden Kriegsjahren enorm. Die Zahl der Organisierten reduzierte sich von 18.753 (1913) auf 10.629 (1914) und erreichte Ende 1915 mit 7.132 Mitgliedern die Talsohle. Damit verlor der DMV beinahe 62 Prozent seiner Chemnitzer Mitglieder. 1916 (7.522) und 1917 (9.041) trat wieder eine langsame Stabilisierung ein.[42]

Die vergleichsweise gute Lohn- und Versorgungslage bei den für die Rüstung arbeitenden Metallern verhinderte in den ersten Kriegsjahren, dass die punktuell auflodernden Ausschreitungen auf diese übergriffen. Sie beteiligten sich auch kaum an den Tumulten im Rahmen des „Chemnitzer Butterkrawalls"[43] im Oktober 1915. Vor allem die Schwerstarbeiter-Zuschläge, Lohnerhöhungen und die gelegentlich bewilligten Teuerungszulagen spielten für die Belegschaften der Maschinenfabriken in dieser Phase eine wichtige Rolle und lenkten von den gestiegenen Arbeitsanforderungen und der voranschreitenden Inflation ab. Auch gelang es dem DMV fast immer, die Lohnauseinandersetzungen ohne große Zwischenfälle erfolgreich zu beenden. Nichtsdestotrotz begann sich die Spaltung der SPD seit 1916 auch auf die Chemnitzer Gewerkschaften auszuwirken. So meldete die Polizeidirektion Dresden im Februar 1917: „In Chemnitz sind gleichfalls keine Wahrnehmungen gemacht worden, die auf eine beabsichtigte Gewaltbetätigung der sozialdemokratischen Minderheit deuten könnte. Letztere hat auch dort eine Anzahl Anhänger, deren Führer der Bevollmächtigte des deutschen Bauarbeiterverbandes Friedrich Heckert ist. [...] Das dortige Parteiorgan ‚die Volksstimme' steht voll und ganz auf dem Standpunkt der Mehrheit, warnt die Arbeiterschaft vor unüberlegten Schritten und bekämpft die Betätigung der radikalen Minderheit auf das schärfste. Demzufolge hat die dortige radikale Minderheit bis jetzt nur einen verhältnismäßig geringen Anhang zu verzeichnen."[44]

---

41 Der Deutsche Metallarbeiter-Verband im Jahre 1914. Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder, Hrsg. Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart 1915, S.21.

42 Siehe Jahr- und Handbücher für die Jahre 1913-1917. Hrsg. Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart 1914-1918.

43 Siehe Stefan Pfalzer: Der „Butterkrawall" im Oktober 1915. Die erste größere Antikriegsbewegung in Chemnitz, in: Helga Grebing/Hans Mommsen/Karsten Rudolph (Hrsg.): Demokratie und Emanzipation zwischen Saale und Elbe. Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933, Essen 1993, S.196-201.

44 Lageeinschätzung zu Chemnitz, Polizeidirektion Dresden, 6.2.1917, HStA Dresden,

Vor allem die immer unzureichendere Versorgung bewirkte im Laufe des Jahres 1917 eine Verschärfung der Lage und führte zu einer Ausweitung der Kritik am DMV auf politische Aspekte. Dass sich das wachsende Protestpotenzial artikulieren konnte, war besonders der Ortsgruppe der USPD unter Friedrich Heckert und Heinrich Brandler zu verdanken, die sich im Mai 1917 konstituiert hatte und ihren größten Rückhalt im Bauarbeiterverband und bei einer wachsenden Zahl großbetrieblicher Rüstungsarbeiter besaß. Weil sie polizeilich verfolgt wurde und über kein eigenes Organ verfügte, verlegte sich diese kleine Gruppe auf ein erfolgreiches betriebliches Vorgehen, das genau dort ansetzte, wo die Stärke des DMV vor 1914 gelegen hatte, nämlich in der Werkstattvertrauensleutearbeit. Die Chemnitzer Polizei fasste diese Methodik wie folgt zusammen: „In den hiesigen Rüstungsbetrieben haben die ‚Unabhängigen' Vertrauensleute, welche angehalten werden, für den Anschluß an ihre Partei eifrig zu werben und für deren Ziele Stimmung zu machen. Von jeher haben sie Arbeitseinstellungen warm befürwortet und sie sind auch jederzeit bemüht, die aus Anlaß der Ernährungsschwierigkeiten erregte Stimmung der Arbeiterschaft zu schüren und für ihre Zwecke auszunützen [...] Immerhin haben sie, hauptsächlich in letzter Zeit, durch die infolge der bestehenden Ernährungsschwierigkeiten hervorgerufene und von ihnen künstlich geschürte Unzufriedenheit der Arbeiterschaft, erheblichen Zulauf erhalten. Sie haben sich auch zur Aufgabe gemacht, die Arbeiter aus den Gewerkschaften herauszuziehen und die Gewerkschaftsführer in Mißkredit zu bringen. Wenn ihnen dies bisher auch noch nicht gelungen ist, so haben sie doch erreicht, daß die Gewerkschaftsleiter nicht mehr auf ihre Mitglieder den Einfluß haben wie früher."[45]

Mit dem offensiven Abwerben von DMV-Mitgliedern in den Betrieben durch die USPD hatte der Bruch in der Arbeiterbewegung auch die Chemnitzer Gewerkschaften erreicht und ließ sich von nun an nicht mehr zudecken. In offener Diskussion wurden Auseinandersetzungen über die fundamentalsten gewerkschaftlichen Fragen geführt, wobei die Konfrontationslinie direkt durch den Metallarbeiter-Verband verlief.

Die erste Welle von Streiks erreichte die Chemnitzer Maschinenbetriebe schließlich im April 1917, als bei Escher, Wanderer, Haubold und Pornitz gestreikt wurde, sich die Arbeiterausschüsse von Germania, Hartmann und Sondermann & Stier beim Stadtrat einfanden und zahlreiche

10736, Nr. 11071, Bl. 2f.

45 Geheimer Bericht über die Chemnitzer USP-Organisation, Polizeiamt der Stadt Chemnitz, Politische Abteilung, HStA Dresden, 10736, Nr. 10996, Bl. 9f.

Belegschaften in Versammlungen ihren Unmut über die Lage ausdrückten.[46] Dieser Unmut betraf zunächst weniger die politische Situation (dieses Element trat erst infolge der Streiks hinzu), sondern entzündete sich an der Versorgungslage und vor allem an der ungleichmäßigen und als ungerecht empfundenen Schwerstarbeiter-Einstufung zwischen den einzelnen Werken. Vor diesem Hintergrund kam es zu einigen Austritten aus dem DMV, „weil die Leute der Meinung sind, daß der Verband die Aufgabe hat, in erster Linie für ihre Magenbedürfnisse Sorge zu tragen".[47] Im Großen und Ganzen gelang es der DMV-Führung aber, Herr der Lage zu bleiben, indem vor allem die Sekretäre Beckert und Krause während der Versammlungen beschwichtigend zu den Arbeitern sprachen und diese vor den Folgen einer weiteren Eskalation für deren Familien und die Versorgung warnten.[48] Arbeiter und DMV trennte jedoch mittlerweile ein Interessengegensatz, der noch dadurch verschärft wurde, dass die als solche empfundene Zweckkoalition zwischen DMV-Führung, Staat und Unternehmern von den Arbeitern nun offen hinterfragt wurde.

Dennoch konnte ein Übergreifen der Streiks im Januar und Februar 1918 auf Chemnitz gänzlich verhindert werden. Das liegt wahrscheinlich darin begründet, dass Gustav Noske (jetzt „Chefredakteur" der „Volksstimme") nur zum Schein mit der USPD zusammengegangen war. Er hatte versprochen, einen Streikaufruf der Unabhängigen und deren Vertrauensleute zu veröffentlichen, den er aber im Angesicht des Berliner Streikverlaufs am 4. Februar nicht drucken ließ.[49] Dieses Vorgehen war betrieblich nicht vermittelbar und brüskierte die mehrheitssozialdemokratischen DMV-Sekretäre. Noskes Taktik, bei der er mit der Zustimmung der DMV-Führung rechnen konnte[50], entzog der betrieblichen Interessenvertretung die Vertrauensgrundlage und vertiefte die vorhandene Spaltung der Chemnitzer Arbeiterbewegung noch weiter. Wie stark sich die mehrheitssozialdemokratische Politik nicht nur aus Sicht vieler Arbeiter zu einer Stütze des Krieges und des Obrigkeitsstaates entwickelt hatte, beweist die geheime Anweisung des Generalkommandos XIX im April 1918, einen DMV-Verbandstag unter allen Umständen zu verhindern: „Zweck des einzube-

46 Arbeitsniederlegungen und Versammlungen in Chemnitz 1917, Polizeiamt der Stadt Chemnitz, Politische Abteilung, HStA Dresden, 10736, Nr. 11071, Bl. 168-174.

47 Berichte. Chemnitz, in: DMZ, 1917, Nr. 32, S.135.

48 Arbeitsniederlegungen und Versammlungen, Bl. 169.

49 Siehe Schaller, Radikalisierung, S.107f.

50 Die Gewerkschaftsführung verurteilte die „Streikpropaganda" der USPD-Vertrauensleute entschieden. Siehe DMZ, 1918, Nr. 10, S.34.

rufenden außerordentlichen Verbands-Tages würde die Erzwingung eines Vorstandswechsels im Verbande sein, um den gesamten Verband alsdann in die Arme der U.S.P.D. zu treiben. In Übereinstimmung mit dem Kgl. Kriegsministerium wird gebeten, sobald Wahrnehmungen über eine derartige Tätigkeit innerhalb der Ortsgruppen des Deutschen Metallarbeiterverbandes im dortigen Bereich gemacht werden sollten, einzuschreiten und diese Tätigkeit ebenso wie die Abhaltung einer etwa geplanten General-Versammlung zu verbieten."[51]

Schlaglichtartig wird hier deutlich, wie weit sich die Interessen der Organisationsführung, bestärkt durch das Hilfsdienstgesetz von 1916, Lohnerhöhungen und neue Mitspracherechte von der Kriegserfahrung der Basis entfernt hatten. Zudem widersprach der Umgang mit den zur USPD tendierenden Kollegen dem Anspruch innergewerkschaftlicher Demokratie. Der Charakter der politischen Richtungsgewerkschaft wirkte sich in dieser Phase des Bruchs innerhalb der SPD verheerend aus. Die DMV-Führung hatte jeden Kredit bei den Arbeitern verspielt und den Einfluss auf die Betriebe weitgehend verloren. In den Ereignissen der Revolution und im Frühjahr 1919 spielte sie keine entscheidende Rolle mehr.[52]

5. Schlussbetrachtung – Der lange Schatten des Burgfriedens

Auf der Generalversammlung des DMV 1919 rechnete man mit dem Kurs der alten Führung ab, wählte Robert Dißmann (USPD) zum Vorsitzenden und vollzog einen Linksruck des Verbandes, der zum frühen Austritt aus der Zentralarbeitsgemeinschaft führte.[53] In diesem Jahr begann eine Mitgliederexplosion: Die Zahlen der im DMV Organisierten stiegen in Chemnitz von 17.804 (1918) auf 38.858 (1919), um mit 41.582 (1920) ihren Höhepunkt zu erreichen. 1921 (41.409) und 1922 (40.082) stabilisierten sie sich auf diesem hohen Niveau.[54] Nach dem in der Revolution erkämpften Achtstundentag setzte der DMV beträchtliche Lohnerhöhungen für die Metallarbeiter durch, war als Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt und betrieb ab 1920 die Integration der Betriebsräte in die Gewerkschaft.

---

51 Stellvertretendes Generalkommando XIX, Presseabteilung, 16.4.1918, HStA Dresden, 10736, Nr. 11149, Bl. 17.

52 Siehe Schaller, Radikalisierung, S.111.

53 Siehe Fritz Opel: Der Deutsche Metallarbeiter-Verband während des Ersten Weltkrieges und der Revolution, Köln 1980, S.97-109.

54 Siehe Jahr- und Handbücher für die Jahre 1918-1922. Hrsg. Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart 1919-1923.

Der Erfolg verdeckte allerdings zwei wesentliche Tendenzen. Zum einen bestand der größte Teil der Neumitglieder nach der Revolution aus jungen, gewerkschaftlich unerfahrenen und teilweise radikalisierten Männern, die dem DMV ein eher instrumentelles Verständnis entgegenbrachten, den Verband vor allem als Mittel zur Erhöhung der Löhne betrachteten und betrieblich kaum zu disziplinieren waren.[55] Zum anderen blieben die Gewerkschaftsmitglieder politisch entzweit, da sich das Bündnis zwischen sächsischer SPD und KPD als solches auf Zeit herausstellte und deren Dachorganisationen bald stärkeren Einfluss auf ihre jeweiligen Chemnitzer Lokalstellen erlangten.[56] Mit dem Scheitern der linken Regierung in Sachsen im Herbst 1923 und der damit einhergehenden wachsenden Distanz zwischen SPD und KPD, mit dem Ende der Hochkonjunktur im Zuge der Inflation 1921 bis 1923 und der lohnpolitischen Erfolge des DMV fielen die Grundlagen der gewerkschaftlichen Scheinblüte in sich zusammen. Waren 1923 noch 30.649 Mitglieder zu verzeichnen, stürzte der DMV in Chemnitz 1924 auf einen Mitgliederstand von 10.492 ab und erholte sich davon erst ab 1928 langsam wieder.[57] Das ganze Ausmaß der Burgfriedenspolitik der Gewerkschaften, ihrer Rolle im Krieg und in der anschließenden Zeit „ungenutzter Gelegenheiten“[58] offenbarte sich erst in dieser Phase. In den fünf Jahren nach der Revolution hatten die Ereignisse „Zwangsläufigkeiten“ geschaffen, auf die die DMV-Sekretäre durch ihre ständige Überarbeitung höchstens reflexartig, aber ohne „Eigeninitiative“[59] reagieren konnten. Der Verband galt daher vielen Arbeitern auch nach dem Bruch mit der alten DMV-Führung als Erbe einer weiterhin kapitalistischen Ordnung, der sie zwischen ideologischer Ablehnung und realistischen Nützlichkeitserwägungen höchst ambivalent gegenüberstanden. Die Verbindung zum DMV hielt nur solange, wie dieser der Basis Vorteile gewähren konnte, und reduzierte sich in der Krise meist schlagartig auf den „harten Kern“ derjenigen, die meist schon vor 1914 Mitglieder gewesen waren.

---

55 Siehe Ludwig Preller: Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1978, S.29.

56 Die „Chemnitzer Richtung“ in der SPD und die in Chemnitz pragmatisch vorgehende KPD waren die Stützen des „linksrepublikanischen Experiments“ in Sachsen zwischen 1920 und 1923, hatten aber mit Widerständen der Reichs-SPD und der KPD-Führung zu kämpfen, denen sie später erlagen.

57 Siehe Jahr- und Handbücher für die Jahre 1923-1928. Hrsg. Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart 1924-1929.

58 Schaller, Radikalisierung, S.123.

59 Georg Berger: Krise der Gewerkschaften, in: DMZ, 1924, Nr. 32, S.104.